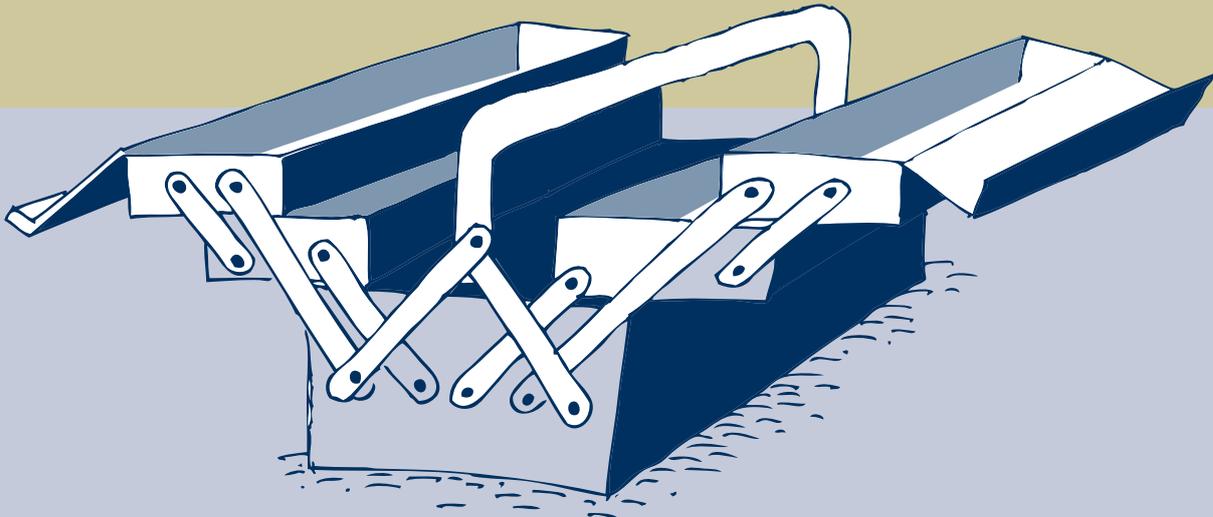




WAS TUN, DAMIT'S NICHT BRENNT?

LEITFADEN ZUR VERMEIDUNG VON RASSISTISCH AUFGELADENEN KONFLIKTEN IM UMFELD VON SAMMELUNTERKÜNFTE FÜR FLÜCHTLINGE



INHALT

Flüchtlingen helfen und Rassismus bekämpfen	SEITE 3
Rassistischer Mobilisierung entschieden entgegenzutreten	SEITE 5
Rassist_innen sind nicht immer die Anderen – Angst und Ausgrenzung	SEITE 8
Kommunal analysieren und handeln	SEITE 9
Flüchtlinge begleiten und deren Beteiligung ermöglichen	SEITE 11
Formierung eines breiten Willkommensbündnisses	SEITE 12
Möglicher Grundkonsens eines Willkommensbündnisses	SEITE 12
Überprüfung der eigenen Motivlage – Meine Rolle im Willkommensbündnis	SEITE 13
Mitglieder eines Willkommensbündnisses	SEITE 13
Örtliche Zivilgesellschaft und antirassistische Initiativen	SEITE 14
Kirchliche Zivilgesellschaft und andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	SEITE 15
Individuelles Engagement	SEITE 17
Mögliche Kooperationspartner_innen des Willkommensbündnisses	SEITE 18
Örtliche Bildungseinrichtungen (Schulen, Volkshochschulen, Hochschulen) und karitative Einrichtungen	SEITE 18
Politiker_innen	SEITE 19
Lokale Medien	SEITE 20
Polizei und kommunale Verwaltung	SEITE 20
Leitung der Sammelunterkunft	SEITE 22
Örtliche Firmen	SEITE 23
Herausgeber_innen	SEITE 23
Redaktionelles Impressum	SEITE 23

Dies ist die gedruckte Ausgabe der ursprünglich nur als Onlinebroschüre veröffentlichten Version von »Was tun, damit's nicht brennt?«. Die Verlinkungen wurden für diesen Zweck durch Quick Response Codes ergänzt. Die Codes können mit Smartphone oder Tablet eingescannt werden und leiten auf die online beschriebenen Praxisbeispiele weiter.

Direkt klickbare Links finden sich im Web-PDF dieser Broschüre unter: www.mbr-berlin.de und www.eaberlin.de

FLÜCHTLINGEN HELFEN UND RASSISMUS BEKÄMPFEN

*»Du hast gesagt, dass alle Menschen gleich sind, aber du meinst nur die Menschen, die so sind wie du...«
(Frances »Baby« Houseman in DIRTY DANCING)*

Dies ist die vierte Auflage der Handreichung „Was tun, damit's nicht brennt?“.

Schon als die erste Auflage erschien, war klar: Es brennt bereits. Und es brennt noch immer, mittlerweile fast täglich. Fackeln in den Händen „besorgter“ Bürger_innen, im Bau befindliche Unterkünfte, Turnhallen, Autos von Unterstützer_innen, bewohnte Häuser – es brennt allerorten.

Die politischen und logistischen Rahmenbedingungen wirken noch brandbeschleunigend: Immer provisorischer werden die Unterbringungen, immer schärfer wird der Ton der politischen Auseinandersetzung, immer drastischer werden auch die rechtlichen Rahmenbedingungen.

Gleichzeitig engagieren sich unerwartet viele Menschen ehrenamtlich in Willkommensinitiativen und leisten wichtige Arbeit – auch da, wo der Staat in der Pflicht sein sollte.

Die vorliegende Veröffentlichung soll Handlungsempfehlungen für ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Gruppen vorstellen. Angesprochen sind Kirchengemeinden und andere Religionsgemeinschaften, Nachbarschafts- und Gewerkschaftsgruppen, antirassistische Initiativen und Flüchtlingsinitiativen sowie Einzelpersonen, kurz alle, die für eine demokratische Vielfalt eintreten und sich gegen rassistische Mobilisierungen vor Unterkünften und bei Bürgerversammlungen wehren wollen.

Gleichwohl haben diese Gruppen und Einzelpersonen meist unterschiedliche politische Positionen, ethische Orientierungen und Handlungsformen. Die Handreichung soll dazu ermutigen, miteinander zu arbeiten und auch mit den Unterschieden pro-

duktiv umzugehen. Ziel ist es, im Interesse einer menschenrechtsorientierten und demokratischen Gesellschaft gemeinsam in lokalen Bündnissen gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Kampagnen anzugehen und Flüchtlinge darin zu unterstützen, ein selbstbestimmtes Leben ohne rassistische Anfeindungen zu führen.

Ein solches Willkommensbündnis besteht im besten Fall aus möglichst vielen verschiedenen lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur_innen, die sich für eine soziale, demokratische und gerechte Gesellschaft vor Ort einsetzen. Allein dadurch ist das Bündnis bereits ein wirksames Mittel gegen rassistische Mobilisierungen.

Der zivilgesellschaftliche Charakter eines solchen Bündnisses ist für das Selbstverständnis dieses politischen Engagements wichtig. Aufgrund des zivilgesellschaftlichen Charakters des Bündnisses können zwar Vertreter_innen der Kommune und der Polizei, deren Aufgabe die menschenwürdige Behandlung und der Schutz von Flüchtlingen ist, Ansprechpartner_innen eines Willkommensbündnisses sein, aber nicht deren Mitglieder.

Das hier beschriebene und vorgeschlagene Engagement ist nicht ohne Widersprüche:

- Es stimmt: Statt in Zelten, Turnhallen oder Gemeinschaftsunterkünften sollten die Flüchtlinge besser in Wohnungen leben; für diese Verbesserung sollten wir uns einsetzen!

Und doch ist es ebenso notwendig, diese Unterbringung gegen rassistische Initiativen zu verteidigen.

- Es stimmt: Das Aufstellen von Betten, die Versorgung mit Essen und Wasser und vieles mehr, sollten Aufgaben des Staates sein. Und doch gilt: Wo Menschen Not leiden, muss geholfen werden!

Mit diesen Widersprüchen gilt es, einen Umgang zu finden, ob intern im Willkommensbündnis oder in der Öffentlichkeit. Auf absehbare Zeit ist keine Entspannung in den Kriegs- und Krisenregionen in Sicht. Krieg und Armut in vielen Teilen der Welt werden auch weiterhin Menschen zur Flucht zwingen. Nur die allerwenigsten Menschen erreichen ein reiches Industrieland wie die Bundesrepublik Deutschland.

Doch selbst nach ihrer Ankunft leben sie in ständiger Unsicherheit: Flüchtlinge müssen sich nach ihrer Fluchtgeschichte und nicht selten traumatischen Erlebnissen an neue Begebenheiten anpassen, sie leben oft jahrelang ohne Arbeitserlaubnis, mit einem ungeklärten Aufenthaltsstatus und Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, und im schlimmsten Fall werden sie ausgewiesen. Dazu kommen berechtigte Ängste vor rassistischen Anfeindungen und gewalttätigen Angriffen auf sie selbst und ihre Unterkünfte.

Deshalb bleibt die Frage akut: Was tun, damit's nicht brennt?

[•Die Brandstifter – Rechte Hetze gegen Flüchtlinge]

RASSISTISCHER MOBILISIERUNG ENTSCIEDEN ENTGEGENTRETEN

Hetze gegenüber Flüchtlingen ist ein thematischer Schwerpunkt rechtsextremer Parteien und Initiativen. Die Ausgrenzung von Asylsuchenden wird allerdings auch teilweise im sogenannten bürgerlichen Lager propagiert.

Rechtsextreme Strukturen haben eine Strategie in Bezug auf Sammelunterkünfte für Flüchtlinge entwickelt und versuchen damit, direkte Anwohner_innen für ihre rassistischen Positionen zu gewinnen. Ob in Berlin-Hellersdorf, in Duisburg oder dem sächsischen Schneeberg – die Vorgehensweise bleibt stets dieselbe: Getarnt als Bürgerinitiative, jedoch im Hintergrund gut vernetzt und organisiert durch Rechtsextreme, behaupten die Gruppen, die Meinung der Anwohner_innen zu vertreten. Durch den Hinweis auf fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten gaukeln sie der Öffentlichkeit vor, kommunale politische Entscheidungen



demokratisch verändern zu wollen. Die rassistische Absicht dieser Strategie ist eindeutig auszumachen, denn die fehlende Beteiligung wird ausschließlich beim Bau einer Sammelunterkunft für Flüchtlinge beklagt, kaum aber bei anderen kommunalen Entscheidungen. Die »Bürgerinitiativen« benutzen oft vorhandene Ohnmachtsgefühle und Unzufriedenheiten der Anwohner_innen gegenüber staatlichem und kommunalem Handeln. [[●Pro Menschenrechte Contra Vorurteile](#)]

Erschreckend ist der Erfolg, den rechtsextreme Bewegungen mit dieser Masche in vielen Kommunen verzeichnen können, zumindest solange kein starkes zivilgesellschaftliches Gegenbündnis existiert. Soziale Ängste, politische Unzufriedenheit, Ressentiments und Vorbehalte in der Bevölkerung werden gebündelt und rassistisch aufgeladen artikuliert.

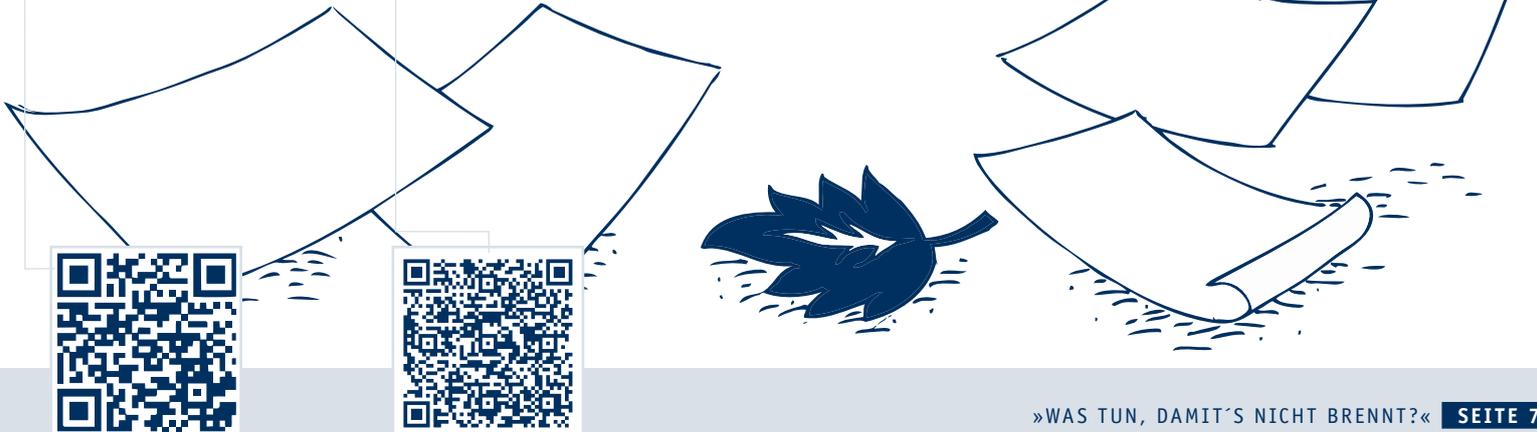
Die Arbeit gegen diese rechtsextremen Initiativen ist ein sehr wichtiges aber auch schwieriges Unterfangen: Rechtsextreme Wortführer_innen sind oftmals rhetorisch geschult und sie lassen sich nur zum Schein auf inhaltliche Auseinandersetzungen mit Mitgliedern von Willkommensbündnissen ein. Die vorgeblichen Argumente entpuppen sich bei näherem Hinsehen allzu oft als rhetorische Tricks, mit denen das Gegenüber mundtot gemacht werden soll.

Des Weiteren funktioniert die rechtsextreme Mobilisierung in hohem Maße durch Diffamierungskampagnen gegenüber einzelnen zivilgesellschaftlichen Akteur_innen. Dies dient als Selbstvergewisserung im eigenen Unterstützungskreis, stellt aber gleichzeitig einen Einschüchterungsversuch politisch Andersdenkender dar. Gerade diese perfide Strategie macht eine direkte und ernsthafte Auseinandersetzung mit den Anwohner_innen der Sammelunterkünfte durch das Willkommensbündnis notwendig. In privaten Gesprächen aber auch in öffentlichen Veranstaltungen darf die Deutungs- und Argumentationshoheit nicht rechtsextremen und rassistischen Gruppierungen überlassen werden. [[●Informationen zur Organisation öffentlicher Informationsveranstaltungen](#)]



Ein entscheidendes Aktionsfeld rechtsextremer Bewegungen sind soziale Netzwerke wie beispielsweise Facebook und Twitter. Das Internet begünstigt auf mehreren Ebenen die rassistische Propaganda: Nur wenige Personen müssen sich hierdurch der Öffentlichkeit präsentieren, die Vernetzung mit ähnlichen Zusammenschlüssen im gesamten Bundesgebiet ist erheblich erleichtert und die Anwohner_innen werden anonym und in extrem einfacher Weise an rechtsextreme Gruppen herangeführt. Ein hoher Organisationsgrad im Internet erleichtert es außerdem, für Demonstrationen und Kundgebungen zu mobilisieren. Es ist wichtig, dass Willkommensbündnisse dieser Entwicklung etwas entgegensetzen und dass in sozialen Netzwerken Alternativen geschaffen und die rechtsextremen Hetzseiten beobachtet werden. [•Initiative Hellersdorf hilft]

Sollte eine rassistische Mobilisierung im Umfeld der Sammelunterkunft in Form von Demonstrationen stattfinden, müssen Gegenaktivitäten organisiert werden, um den Flüchtlingen und anderen Anwohner_innen zu verdeutlichen, dass es sich nicht um die vor Ort vorherrschende Meinung handelt. Je nach Situation eignet sich hierfür eine Gegendemonstration, eine dauerhafte Mahnwache oder eine Kundgebung vor der Sammelunterkunft. Für die Stimmung vor Ort ist es entscheidend, lokale Akteure einzubeziehen: Sportvereine, Unternehmensnetzwerke oder lokale Prominente können die öffentliche Meinung beeinflussen. Dabei ist stets die Situation der Flüchtlinge zu bedenken. Sie sollten in jeder Phase über geplante Schritte informiert werden. [•Solidaritätskundgebung mit Unterstützung des 1. FC Union]



RASSIST_INNEN SIND NICHT IMMER DIE ANDEREN

– ANGST UND AUSGRENZUNG

In der wissenschaftlichen Studie »Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012« wurde herausgearbeitet, dass ungefähr ein Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung rassistischen Äußerungen zustimmt. Die Autor_innen schlussfolgerten hieraus, dass »Ausländerfeindlichkeit als »Einstiegsdroge« in den Rechtsextremismus [...] extrem weit verbreitet« * sei.

Es sind nicht immer nur bekennende Rechtsextreme, die durch Hetze gegenüber Flüchtlingen und deren Sammelunterkünfte auffallen. Es kann ebenfalls der befreundete Nachbar oder die angesehene Politikerin einer demokratischen Partei sein. Der Unterschied liegt in der Gewaltbereitschaft: Menschen, die sich selbst als Demokrat_innen wahrnehmen, würden keine gewalttätigen Anschläge ausführen. Durch die »Das-Boot-ist-voll«-Rhetorik bestätigen und bekräftigen sie jedoch gewalttätige Rechtsextreme in ihren Aktionen.

Diskussionen über vermeintliche Angst vor Flüchtlingen gilt es daher immer kritisch zu hinterfragen. So existiert keine ernstzunehmende Statistik, die beispielsweise ein Anstieg der Kriminalität um Sammelunterkünfte von Flüchtlingen in irgendeiner Weise nachweist. [• »Von den Heimen geht keine Kriminalität aus«] Solche Behauptungen basieren auf rassistischen Einstellungen und dienen dazu, Anwohner_innen gegenüber Flüchtlingen aufzuhetzen. Es gibt aber durchaus berechtigte Ängste innerhalb der Bevölkerung, beispielsweise die Angst vor einem sozialem Abstieg oder der eigenen Arbeitslosigkeit. Diese Befürchtungen haben jedoch nichts mit Flüchtlingen oder deren Sammelunterkünften zu tun. Sie werden erst durch

* Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Dietz-Verlag 2012, S. 34.



rassistische Argumentationsmuster mit der Fluchtthematik verbunden. In Diskussionen müssen die Ängste der Bevölkerung von der Fluchtthematik getrennt werden. Hilfreich ist hierbei, direkt nach den Befürchtungen der Menschen zu fragen und sie anschließend darauf hinzuweisen, dass diese durchaus unabhängig von den Flüchtlingen bestehen und soziale statt nationalistische Lösungen verlangen.

KOMMUNAL ANALYSIEREN UND HANDELN

Die Arbeit von Willkommensbündnissen ist nur sehr selten über die kommunale Ebene hinaus bekannt. Trotzdem prägen sie als Positivbeispiel die örtliche Meinungsbildung.

Trotz der vielen schon bestehenden Positivbeispiele von Willkommensbündnissen, werden Diskussionen über Flüchtlinge in der Politik immer wieder rassistisch aufgeladen. Hiermit einher geht die Wahrnehmung der Anwohner_innen, die sich vielerorts bedeutend von den eigentlichen Fakten unterscheidet. Schätzungen des Flüchtlingsrats Berlin sagen beispielsweise, dass Ende 2013 rund 15.000 Personen mit Flüchtlingsstatus in Berlin lebten, * was einen prozentualen Anteil von weniger als 0,5 Prozent der Gesamtbevölkerung der Stadt ausmachte. Dies ist ein verschwindend kleiner Anteil und diese Zahl steht in keinem Verhältnis zur oftmals stattfindenden Hetze gegenüber Flüchtlingen. Ein Willkommensbündnis sollte deshalb individuelle Vorurteile und rassistische Äußerungen mit Verweis auf tatsächliche Faktenlage widerlegen und vor Ort hierüber mit den Leuten diskutieren. Überzeugte Rassist_innen lassen sich durch Argumente nicht umstimmen. Dagegen lassen sich bei

* Flüchtlingsrat Berlin e.V.: Wohnen für Flüchtlinge in Berlin – Sammelunterkünfte oder Mietwohnungen?, S. 4.

Personen, die nicht über ein geschlossenes rassistisches Weltbild verfügen, mitunter Widersprüche aufzeigen, die zum Abbau rassistischer Einstellungen führen können. Dies zeigte sich im Sommer 2013, als antirassistische Aktivist_innen über mehrere Tage eine Mahnwache vor einer Sammelunterkunft von Flüchtlingen in Berlin-Hellersdorf abhielten und etliche Diskussionen mit Anwohner_innen führten.

Es ist wichtig, so früh wie möglich gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, zum Beispiel einem Mobilem Beratungsteam gegen Rechtsextremismus oder einer Flüchtlingsinitiative, eine ehrliche örtliche Analyse des rassistischen Potentials innerhalb der Kommune durchzuführen. Hierdurch kann festgestellt werden, inwieweit eine Mobilisierung gegen die Sammelunterkunft möglich erscheint, was dem entgegengestellt werden kann und welche Akteure bei der Bildung eines Willkommensbündnisses einbezogen werden sollten. [[Refugees Welcome – gemeinsam Willkommenskultur gestalten](#)]



FLÜCHTLINGE BEGLEITEN UND DEREN BETEILIGUNG ERMÖGLICHEN

Das Wohlergehen der Flüchtlinge steht im Mittelpunkt jedes Willkommensbündnisses. Es muss genau abgewogen werden, welche Aktionen und Bemühungen den Flüchtlingen helfen und welche – auch gutgemeinte – Aktion weniger sinnvoll ist. Dafür muss ein direkter Austausch zwischen dem Willkommensbündnis und den Flüchtlingen stattfinden. Oft ist in diesem Zusammenhang die Leitung der Sammelunterkunft von großer Bedeutung, da sie dem Bündnis als erstes Informationen über Herkunft, Geschichte und Befinden der Flüchtlinge zur Verfügung stellen kann und festangestellte Dolmetscher_innen für sie arbeiten. Die Leitung der Sammelunterkunft sollte das Unterstützungsangebot des Willkommensbündnisses nicht behindern und ihnen unbürokratischen Zugang zur Unterkunft ermöglichen.

Für das Willkommensbündnis ist zentral, Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten und für die Flüchtlinge so bald wie möglich Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen.

So unterschiedlich die Fluchtgründe, so unterschiedlich sind auch die Flüchtlinge. Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit verschiedenen Bildungsabschlüssen, unterschiedlichen politischen Einstellungen sowie Erwartungen und Bedürfnissen müssen in Sammelunterkünften auf engem Raum zusammenleben.

Fast alle Flüchtlinge brauchen direkt nach der Ankunft Unterstützung bei Behördengängen, Rechtsberatung und Sprachkurse. Die jeweils weiteren konkreten Bedürfnisse unterscheiden sich aber von Mensch zu Mensch. Eine direkte Kommunikation über Wünsche und Möglichkeiten ist daher unerlässlich. Sollte dies aus sprachlichen Gründen nicht möglich sein, ist es ratsam auf die Übersetzer_innen und Sozialarbeiter_innen der Unterkunft oder auf Übersetzungsangebote externer Initiativen zurückzugreifen.

FORMIERUNG EINES BREITEN WILLKOMMENSBÜNDNISSES

Ein zivilgesellschaftliches Willkommensbündnis für Flüchtlinge hat umso höhere Erfolgschancen, je mehr Initiativen, Verbände, Einrichtungen und Einzelpersonen hieran beteiligt sind und je mehr örtliche Entscheidungsträger_innen außerhalb von Verwaltung und Politik eingebunden werden können. Das Wohl der Flüchtlinge sollte nicht aufgrund von politischen Meinungsverschiedenheiten in Gefahr gebracht werden, weswegen ein gemeinsamer offen gehaltener Grundkonsens von großer Bedeutung ist. Dies kann heißen, sich mit Menschen an einen Tisch zu setzen, deren Glauben oder Weltanschauung man nicht teilt. Dies kann auch bedeuten, dass radikalere und weniger radikale Denk- und Handlungsansätze sich nicht gegenseitig ausgrenzen, sondern das Gespräch und einen pragmatischen Konsens suchen.

MÖGLICHER GRUNDKONSENS EINES WILLKOMMENSBÜNDNISSES

- ⊗ »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.«
(Allgemeine Erklärung der Menschenrechte)
- ⊗ Das Wohl der Flüchtlinge steht im Mittelpunkt der Arbeit.
- ⊗ Alle Beteiligten grenzen sich gegen jede Form von Rassismus und anderer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab.
- ⊗ Die Bündnismitglieder unterstützen die Flüchtlinge in unterschiedlicher Art und Weise. Im Bündnis befinden sich Menschen mit verschiedenen Motivlagen und Aktionsformen. Diese werden von allen Beteiligten anerkannt, akzeptiert und bei Bedarf oder gar Konflikt miteinander besprochen mit dem Ziel, gemeinsam weiterzuarbeiten.

Das entschiedene Entgegentreten gegen Rassismus und der Kampf für eine humanere Flüchtlingspolitik ist im Wesentlichen die Aufgabe der Menschen, die seit längerem in dieser Gesellschaft leben. Flüchtlinge sollten nicht für politische Forderungen instrumentalisiert werden, die nicht ihre Forderungen sind.

ÜBERPRÜFUNG DER EIGENEN MOTIVLAGE – MEINE ROLLE IM WILLKOMMENSBÜNDNIS

Im Engagement innerhalb eines Willkommensbündnisses gilt dasselbe wie in allen anderen Bereichen: Jeder Mensch hat ganz persönliche Erwartungen und Interessen. Das Bedürfnis zur Unterstützung von Flüchtlingen kann beispielsweise im eigenen Reichtum oder den eigenen Privilegien begründet sein, es kann einen religiösen oder philosophischen Antrieb haben oder aufgrund eines historischen Verantwortungsbewusstseins erwachsen sein. Die Bewusstmachung der eigenen Motivlage ist in einem Willkommensbündnis von besonderer Wichtigkeit, da die Überprüfung eigener Handlungserwartungen in Diskussionen innerhalb des Bündnisses und bei der Begegnung mit Flüchtlingen hilft. Wichtig ist, dass diese Überlegungen nicht lähmend wirken, sondern die Qualität des eigenen Handelns stärken. Mögliche Konflikte können durch ein besseres Verständnis des jeweils eigenen Standpunktes und der möglichen eigenen Widersprüche und Unsicherheiten entschärft werden, da dieser nachdenkliche Blick aufs Eigene die Toleranz für andere erhöht. Auch hilft das Reflektieren der Beweggründe, Vorwürfen zu begegnen, bestimmte Gruppen würden die Flüchtlinge instrumentalisieren. Nur weil einzelne Mitglieder unter Umständen allgemeine gesellschaftliche Strukturen mit der konkreten Situation von Flüchtlingen verknüpfen, bedeutet dies nicht, dass sie ein rein instrumentelles Verhältnis zu ihnen haben. Nicht selten führen Vorwürfe wie diese auch dazu, dass sich Initiativen spalten und an Handlungsfähigkeit verlieren.

MITGLIEDER EINES WILLKOMMENSBÜNDNISSES

Viele Leute möchten gerne helfen, scheuen aber den ersten Schritt oder die zu große Verantwortung. Erst nach einem Auftakttreffen des Bündnisses wird daher deutlich werden, wie viele kommunale Unterstützungsangebote tatsächlich existieren. Die folgende unvollständige Auflistung stellt Gruppen und Strukturen vor, die Teil eines kommunalen Willkommensbündnisses sein können. Anschließend folgt eine Auflistung von Akteur_innen, mit denen das Willkommensbündnis soweit möglich kooperieren sollte. Jeder Gruppierung sind mögliche Rollen und Aufgabenfelder zugeordnet, unterschiedliche Verlinkungen verweisen auf konkrete Unterstützungsbeispiele aus den letzten Jahren. Sie bilden Ideen ab, die in anderen Kommunen in abgeänderter Form übernommen werden können.

ÖRTLICHE ZIVILGESELLSCHAFT UND ANTIRASSISTISCHE INITIATIVEN

Oftmals ist die örtliche Zivilgesellschaft in Form von antirassistischen Initiativen oder einem Bündnis gegen Rechts die tragende Säule eines Willkommensbündnisses [•Netzwerk »Refugees Welcome«, Berlin Treptow-Köpenick]. Der Vorteil liegt in ihrer Überparteilichkeit, dem inhaltlichen Know-how und der Erfahrung in der Arbeit mit ehrenamtlichen Unterstützer_innen. Wichtig ist, dass das Bündnis durch eine für die Kommune integrative Persönlichkeit koordiniert wird, um Spaltungen und Polarisierungen zu vermeiden.

FOLGENDE AUFGABEN KÖNNEN ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AKTEURE IN EINEM WILLKOMMENSBÜNDNIS ÜBERNEHMEN:

- ⊗ Bei rassistischer Mobilisierung vor Ort:
 - Eine dauerhafte Mahnwache vor der Sammelunterkunft organisieren.
- ⊗ In sozialen Netzwerken Willkommensinitiativen schaffen und rechtsextreme Seiten beobachten. [•Neue Nachbarschaft Moabit]
- ⊗ Informationen über die aktuelle Situation von Flüchtlingen vermitteln.
 - [•Vortrag am Runden Tisch für Demokratie und Toleranz in Berlin-Spandau]
- ⊗ Informationsveranstaltungen vorbereiten.
 - [•Keine Bühne für Rassismus – Flüchtlinge willkommen heißen]
- ⊗ Kontakt zu Anwohner_innen der Sammelunterkunft herstellen.
 - [•Infobrief der Initiative "Karlshorst hilft"]



- ⊗ Gemeinsame Projekte mit Flüchtlingen und Anwohnern koordinieren und durchführen. [•interkultureller Garten]
- ⊗ Ehrenamtliche Tätigkeiten wie Sprachkurse und Übersetzungsangebote koordinieren. [•Deutschunterrichts-AG von Multitude]



KIRCHLICHE ZIVILGESELLSCHAFT UND ANDERE RELIGIONS- UND WELTANSCHAUUNGSGEMEINSCHAFTEN

Religionsgemeinschaften sind vielerorts regional stark verankert. Es kann sich daher anbieten, dass sie innerhalb von Willkommensbündnissen eine koordinierende Rolle einnehmen und als vermittelnde Instanz zwischen verschiedenen Teilen des Willkommensbündnisses agieren. Viele evangelische Kirchenleitungen haben Handreichungen zur Unterstützung von Flüchtlingen entwickelt. Kirchengemeinden vor Ort unterstützen Flüchtlinge durch Unterkunft und Solidaritätsaktionen.



FOLGENDE KONKRETE UNTERSTÜTZUNG KANN SEITENS KIRCHLICHER ZIVILGESELLSCHAFT IM KONTEXT EINER SAMMELUNTERKUNFT GELEISTET WERDEN:

- ⊗ Zwischen Politik und Zivilgesellschaft sowie Polizei und Flüchtlingen vermitteln.
- ⊗ Gottesdienste mit und für Flüchtlinge (wenn möglich in unterschiedlichen Sprachen) anbieten. [•Tag der Fürbitte und des Gedenkens an die Toten an den Grenzen der EU]
- ⊗ Gespräche zur Lage der Flüchtlinge mit Gemeindemitgliedern und Anwohner_innen durchführen. [•Informationen der Ev. Kirchengemeinde Berlin-Hellersdorf]
- ⊗ (Weihnachts-)Predigt zu Flucht und Migration halten. [•Weihnachtspredigt Rembergi Gemeinde]
- ⊗ Heilige Schrift als Fluchtgeschichte lesen und deuten. [•Gemeindebrief Kirchengemeinde Alt-Pankow]
- ⊗ Räumlichkeiten für Treffen des Willkommensbündnisses anbieten.
- ⊗ Ruhe-Räume für Flüchtlinge zur Verfügung stellen.
- ⊗ Mögliche Spendeneingänge koordinieren.
- ⊗ Betreuung für Flüchtlingskinder organisieren.
- ⊗ Konkrete gemeinsame Aktivitäten organisieren wie bspw. Kochveranstaltungen oder einen Chor.



INDIVIDUELLES ENGAGEMENT

Es gibt viele Menschen, die sich keiner Gruppe oder Initiative anschließen aber konkret helfen möchten. Diese Unterstützung sollte durch das Willkommensbündnis angenommen werden. Hierfür sollten Hilfsmöglichkeiten für individuell Engagierte beschrieben und vom Willkommensbündnis koordiniert werden. Die Koordination der Ehrenamtsarbeit ist in Willkommensbündnissen unterschiedlich geregelt. Teilweise gibt es Unterstützung durch kommunale Strukturen und deren hauptamtliche Mitarbeiter_innen, in anderen Bündnissen wird diese Arbeit selbstständig koordiniert. Beide Lösungsmöglichkeiten haben Vor- und Nachteile, zu Bedenken bleibt, dass die Koordination ehrenamtlichen Engagements viel Zeit in Anspruch nimmt.

INDIVIDUELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR FLÜCHTLINGE KANN FOLGENDERMASSEN AUSSEHEN:

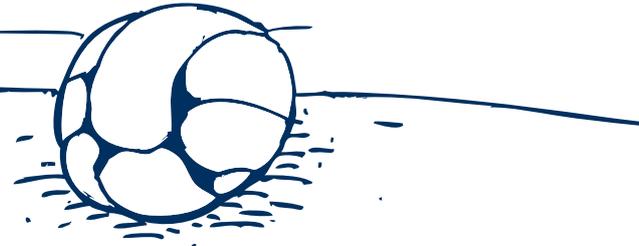
- ⊗ Diskussion mit Nachbar_innen, Freund_innen und Mitgliedern des eigenen (Sport-)Vereins, um sie von der Notwendigkeit der Sammelunterkünfte für Flüchtlinge zu überzeugen.
- ⊗ Teilnahme an vom Willkommensbündnis organisierten Veranstaltungen.

[•Weihnachtsfeier der Initiative Willkommen im Westend]

- ⊗ Begleitung eines Flüchtlings bei Behördengängen. [•Mentoringprogramm von Xenion]
- ⊗ Deutschunterricht für Flüchtlinge anbieten.
- ⊗ Dem Willkommensbündnis Sachspenden zur Verfügung stellen.

[•Spendenaufruf der Initiative Pankow hilft]

- ⊗ Finanzspenden an das Willkommensbündnis.



MÖGLICHE KOOPERATIONSPARTNER_INNEN DES WILLKOMMENSBÜNDNISSES

ÖRTLICHE BILDUNGSEINRICHTUNGEN (SCHULEN, VOLKSHOCHSCHULEN, HOCHSCHULEN) UND KARITATIVE EINRICHTUNGEN

Örtliche Bildungseinrichtungen und karitative Einrichtungen verfügen durch ihre Vernetzung in der Kommune über viele Möglichkeiten, politische Prozesse und die örtliche Meinungsbildung zu beeinflussen. Gleichzeitig können sie dazu beitragen, die Sammelunterkunft in der Kommune zu integrieren und Flüchtlingen Teilhabe an Bildungsmodulen zu ermöglichen.

WEITERE UNTERSTÜTZUNGSBEISPIELE:

- ⊗ Klare politische Positionierung in Form eines offenen Briefes zur Unterstützung der Flüchtlinge durch das Leitungspersonal der Bildungseinrichtung.

[•Pressemitteilung der Alice Salomon Hochschule]

- ⊗ Durchführung von Seminaren, Schulstunden oder Vorlesungen in der Sammelunterkunft. [•Artikel auf zeit.de: »Lernt ihr Leben kennen!«]

- ⊗ Bereitstellung von Interneträumen für Flüchtlinge.

[•Hochschule stellt Computerplätze zur Verfügung]

- ⊗ Unbürokratische Unterstützungsangebote bei der Suche nach Kita- und Schulplätzen ermöglichen.

- ⊗ Räumlichkeiten für das Willkommensbündnis bereitstellen.



POLITIKER _ INNEN

Politiker_innen haben eine Vorbildfunktion. Daher ist es wichtig, dass sie in öffentlichen Reden ihre Wortwahl gut abwägen und sich uneingeschränkt für die Sicherheit der Flüchtlinge einsetzen. Alle demokratischen Parteien müssen hierbei mit einer Stimme sprechen, da es die Strategie von Rechtsextremen ist, sich auf nicht eindeutige Meinungsäußerungen demokratischer Parteien zu berufen. Sobald Politiker_innen von demokratischen Parteien ebenfalls Rassismus schüren, steigt die Gefahr einer Hetzkampagne gegenüber den Flüchtlingen erheblich.

FOLGENDE UNTERSTÜTZUNGSMÖGLICHKEITEN SEITENS POLITIKER _ INNEN SIND DENKBAR:

- ⊗ Parteiübergreifend rassistische Mobilisierung gegen Sammelunterkunft verurteilen.

[•Aufruf aller Parteien der BVV Tempelhof-Schöneberg gegen die NPD: »Marienfelde gehört allen Menschen].

- ⊗ Sich vor Ort den Diskussion mit Anwohner_innen stellen.

- ⊗ Selbstkritische Befragung, inwieweit die eigene Partei, bzw. einzelne Politiker_innen zu einer rassistischen Stimmung beitragen.

[•Aziz Bozkurt über die SPD und Sarrazin]

- ⊗ Diskussionen und Sensibilisierung zu Rassismus in der eigenen Partei vorantreiben.

- ⊗ Klare Garantie für die Sicherheit der Sammelunterkunft aussprechen.

[•Treptow-Köpenick sagt: Willkommen! – Refugees Welcome!]

- ⊗ Kontakt zum Willkommensbündnis halten und gemeinsam Strategien entwickeln.



LOKALE MEDIEN

Medien sind für eine diskriminierungsfreie Berichterstattung verantwortlich. Journalist_innen nehmen durch ihre Themenauswahl Einfluss auf die Darstellung politischer Gegebenheiten. Durch Berichterstattungen können Ressentiments geschürt oder abgebaut werden. Diese Einschätzung hat sich erfreulicherweise auch in vielen Redaktionen durchgesetzt. Als Folge ist die heutige Berichterstattung zum Thema ›Flucht und Migration‹ überwiegend eine andere als Anfang der 1990er. Dennoch tragen Medien noch immer zur Verbreitung und Festigung rassistischer Bilder bei.

MÖGLICHE UNTERSTÜTZUNG DURCH LOKALE MEDIEN IN KOOPERATION MIT DEM WILLKOMMENSBÜNDNIS:

- ⊗ Rechtsextremen keine Möglichkeit geben, sich der breiten Öffentlichkeit zu präsentieren; stattdessen den Rassismus entlarven und darstellen.
- ⊗ Aufrufe zur Unterstützung der Flüchtlinge und des Willkommensbündnisses publizieren.
- ⊗ Die Flüchtlinge im Bewusstsein ihrer Privatsphäre selbst sprechen lassen.
- ⊗ Hintergrundberichte über die Situation in den Ländern der Flüchtlinge anfertigen.
- ⊗ Berichte über die Aktivitäten des Willkommensbündnisses veröffentlichen. [[Artikel zu Veranstaltung des Bündnis Neukölln](#)]
- ⊗ Gefahren benennen, die von gewaltbereiten Gegner_innen der Unterkunft ausgehen.



POLIZEI UND KOMMUNALE VERWALTUNG

Polizei und kommunale Verwaltung stehen in einem Spannungsverhältnis zu den Flüchtlingen: Sie sind von Beruf aus für den menschenwürdigen Umgang und für deren Sicherheit, gleichzeitig aber auch für Abschiebung oder andere Formen der Umsetzung von Vorschriften und Gesetzen gegenüber Flüchtlingen zuständig. Viele Flüchtlinge haben zudem durch ihre persönlichen Erlebnisse im Herkunftsland, in anderen Ländern oder in Deutschland, das Vertrauen in staatliche Strukturen verloren.

Es ist daher notwendig, verlorengegangenes Vertrauen wieder aufzubauen und traumatisierte Menschen nicht durch unnötige Kontrollen und Bestimmungen weiter unter Druck zu setzen.

SO KANN DIE KOMMUNALE VERWALTUNG DAS WILLKOMMENSBÜNDNIS UNTERSTÜTZEN:

⊗ Frühzeitige Information der Zivilgesellschaft über die Planung der Sammelunterkunft, damit diese ein Willkommensbündnis aufbauen kann.

[•Aufruf zur Gründung eines Willkommensbündnisses mit namhaften Erstunterzeichner_Innen]

⊗ Gemeinsame Erarbeitung eines Sicherheitskonzeptes unter Anerkennung unterschiedlicher Expertisen und Zugänge.

[•Flüchtlingsrat fordert Sicherheitskonzept]

⊗ Schulung des Wachpersonals von Sammelunterkünften durch Expert_innen der Zivilgesellschaft, z.B. Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus.

⊗ Individuelle hilfensorientierte Anwohner_innen-Sprechstunden anbieten, um mögliche Fragen der Bevölkerung in einem direkten Gespräch zu klären.

[•Info-Sprechstunde in Adlershof]



LEITUNG DER SAMMELUNTERKUNFT

Auch die Leitung der Sammelunterkunft hat eine besondere Rolle: Sie trägt die hauptamtliche Verantwortung für die Wohnsituation der Flüchtlinge. Ein reger Austausch mit dem Willkommensbündnis ist notwendig, damit Unterstützungsangebote bei den Flüchtlingen ankommen können.

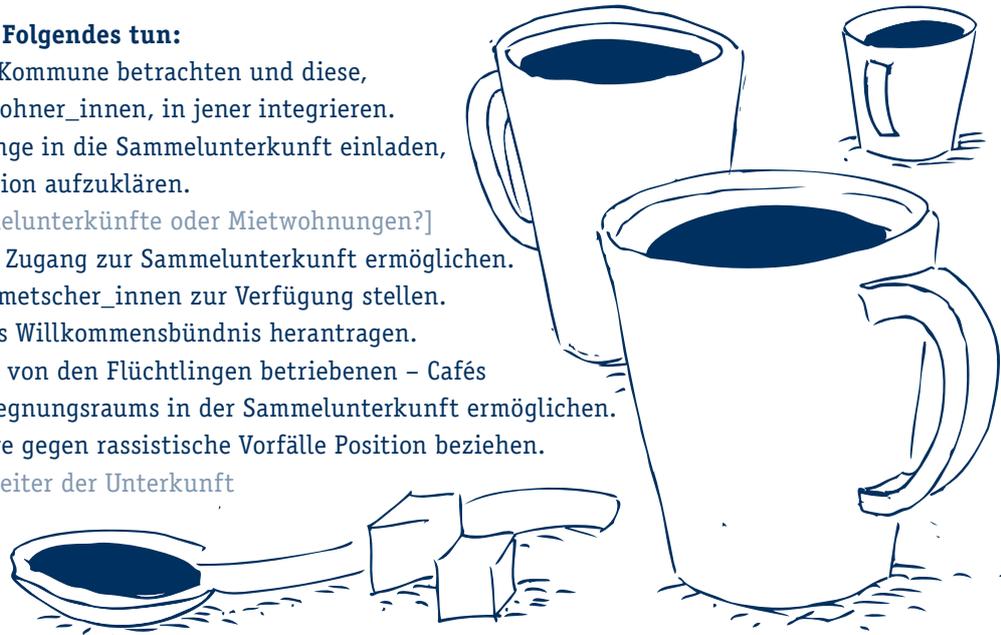
Die Leitung der Sammelunterkunft kann Folgendes tun:

- ⊗ Die Sammelunterkunft als einen Teil der Kommune betrachten und diese, mit Rücksicht auf die Interessen der Bewohner_innen, in jener integrieren.
- ⊗ Anwohner_innen vor Einzug der Flüchtlinge in die Sammelunterkunft einladen, um sie über die dortige reelle Wohnsituation aufzuklären.

[•Wohnen für Flüchtlinge in Berlin – Sammelunterkünfte oder Mietwohnungen?]

- ⊗ Dem Willkommensbündnis unkompliziert Zugang zur Sammelunterkunft ermöglichen.
- ⊗ Dem Willkommensbündnis bei Bedarf Dolmetscher_innen zur Verfügung stellen.
- ⊗ Konkrete Bitten um Unterstützung an das Willkommensbündnis herantragen.
- ⊗ Die Einrichtung eines – nach Möglichkeit von den Flüchtlingen betriebenen – Cafés oder eines freundlich eingerichteten Begegnungsraums in der Sammelunterkunft ermöglichen.
- ⊗ Gemeinsam mit der Willkommensinitiative gegen rassistische Vorfälle Position beziehen.

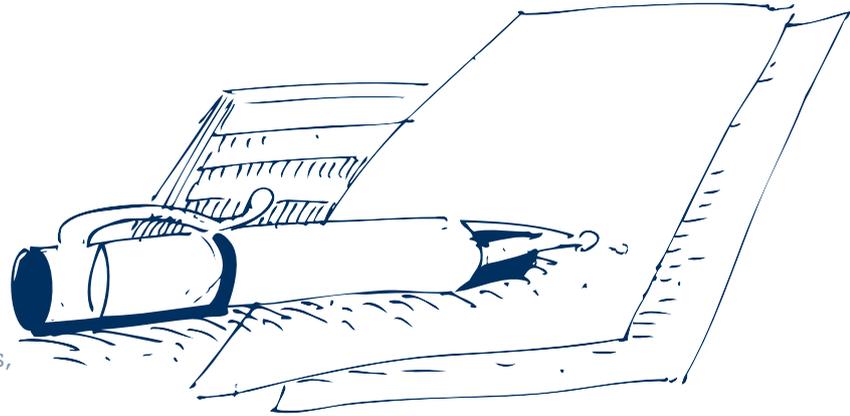
[•Statement von Allende II hilft und dem Leiter der Unterkunft gegen rassistischen Angriff]



ÖRTLICHE FIRMEN

Örtliche Firmen können Flüchtlinge in der Kommune unterstützen und hierdurch die Stimmung in der direkten Anwohner_innenschaft beeinflussen. Hierbei ist folgendes denkbar:

- ⊗ In öffentlichen Reden für eine humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen aussprechen.
- ⊗ Informationsmaterial des Willkommensbündnisses auslegen.
- ⊗ Praktika, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge schaffen.
- ⊗ Dem Willkommensbündnis Spenden zukommen zu lassen.



HERAUSGEBER _ INNEN:

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin,
Evangelische Akademie zu Berlin,
Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus,
Bundesverband Mobile Beratung

REDAKTIONELLES IMPRESSUM:

Bianca Klose, Dr. Christian Staffa (V.i.S.d.P.), Jakob Stürmann, Sebastian Wehrhahn
Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms »Demokratie.Vielfalt.Respekt. In Berlin – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus« der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen.

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2014

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Autor_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar an die Herausgeber_innen geschickt werden.

Haftungsausschluss

Die Hinweise in dieser Broschüre wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Diese Handreichung ersetzt keine individuelle (juristische) Beratung. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber_innen keine Gewähr.

Druck der vierten, aktualisierten Auflage 2015

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**